



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/233 - 11. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0885890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Festigkeit im Grundsatz - Beweglichkeit in der praktischen Politik</u> Nach dem Besuch Nehrus	45
2 - 3	<u>Dänemark vor Neuwahlen</u> Es geht besonders um Finanz- und Steuerpolitik Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	68
4	<u>Verlorener Sieg</u> Nach Südafrikas Republikvotum	42
5 - 6	<u>Ein Wahlggesetz mit Tücken</u> Niedersachsen darf am 23. Oktober nicht wählen Der Leidensweg eines Wahlggesetzes	58
6 - 7	<u>Plauderstündchen mit Lücke</u> Der Wohnungsbauminister in Mainz Von Lothar Schwartz	63

* * *

* * *

Festigkeit im Grundsatz - Beweglichkeit in der praktischen Politik

Nach dem Besuch Nehrus

G.M. Während seines New Yorker Aufenthaltes hat der indische Ministerpräsident Nehru mit aller Energie versucht, eine Plattform für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Vorbereitung einer neuen Gipfelkonferenz zu schaffen. Der jugoslawische Staatschef Tito und Nasser, der Chef der Vereinigten Arabischen Republik, sowie die Delegationsführer zahlreicher anderer nicht blockgebundener Staaten haben ihm dabei assistiert.

Man weiss heute, dass bei den zahllosen Gesprächen, die diese Männer in New York am Rande der UNO-Vollversammlung mit den Repräsentanten aus Ost und West geführt haben, immer wieder das Abrüstungsproblem in den Vordergrund trat und dass im Rahmen dieses grossen Fragenkomplexes - gewissermassen als Teilprojekt - erneut die Problematik eines "Auseinanderrückens" der Streitkräfte von Ost und West, besonders in Europa, eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Als feststand, dass vor den amerikanischen Präsidentenwahlen keine Entscheidung zu erwarten sei, sind die Hauptakteure der neutralen Staaten aus New York abgereist.

Die Zeit bis zum kommenden Frühjahr dürfte also nach Lage der Dinge mit Bemühungen ausgefüllt sein, nichts zu unternehmen oder nichts geschehen zu lassen, was den Frieden gefährden könnte. Deshalb ist es verständlich, dass sich Ministerpräsident Nehru bei seinem kurzen Aufenthalt auf dem Bonner Flughafen in keiner Weise festlegen liess. Da Bundeskanzler Adenauer vor der Presse seine völlige Übereinstimmung mit Nehru betonte, wäre nur zu wünschen, dass sich die bundesrepublikanische Diplomatie zu gegebener Zeit an dieses Wort ihres Chefs erinnert.

Wenn nicht alles täuscht, werden in den nächsten Monaten die Fronten nicht starr bleiben. Es rumort nicht nur in dem Bereich der europäischen Politik, sondern auch in jenem der grossen Weltkomplexe, in die unser Schicksal mit einbezogen ist. Und je mehr sich hierbei herausstellt, dass alle Erörterungen über die Möglichkeit einer neuen Gipfelkonferenz zu der Abrüstungsfrage führen, umso häufiger und intensiver wird der Blick der ganzen Welt auf alles gerichtet sein, was man in Deutschland tut, oder nicht tut.

In den Schicksalsfragen unserer Nation gibt es unveräusserliche Grundwerte. Das sind die Freiheit unserer Bürger, die Erhaltung und der Ausbau des demokratischen Staates und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Diese Grundwerte werden bei unseren westlichen Freunden bestimmt nicht in Zweifel gestellt. Es könnte aber sein, dass sie dort zum Diskussionsgegenstand werden, wo man ihnen nicht die gleiche Bedeutung beimisst, wie bei uns.

Deshalb ist es notwendig, alle demokratischen Kräfte unseres Volkes auf die vor uns stehende Aufgabe des Einschaltens der deutschen Frage in die zweifellos wieder beginnende Welt Diskussion über einen möglichen Ausgleich zwischen Ost und West zu konzentrieren. Festigkeit im Grundsatz und Beweglichkeit in der praktischen Politik sind hierbei von gleicher Bedeutung.

+ + +

Dänemark vor Neuwahlen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Laut Grundgesetz und jahrhundertalter Tradition unterschreibt der König den "offenen Brief", wodurch das dänische Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden: So geschah es auch diesmal, nur mit dem Unterschied, daß der "königliche offene Brief" nicht am königlichen Schreibtisch auf dem ruhigen Amalienberg unterzeichnet wurde, sondern in rascher Eile im Flughafen Kastrup wenige Minuten vor dem Abflug des Königspaares nach Amerika, wo König Frederik und seine Gemahlin Ingrid sich zur Stunde auf einer offiziellen Reise befinden.

Das Auflösungsdekret wurde dann kurz darauf von Ministerpräsident Viggo Kampmann bei der Eröffnung der Parlamentssession vorgelesen. Am 15. November wird gewählt, das heißt ein halbes Jahr früher als die Wahlen zum Folketing normalerweise hätten stattfinden sollen. Neun Parteien bewerben sich, darunter die schleswigsche Partei der deutschen Minderheit, die mit einem Sitz im jetzigen Parlament vertreten ist.

Von außen gesehen bestünde für die dänische Koalitionsregierung kein zwingender Grund, die Wahlen um sechs Monate vorzuverlegen. Seit der Regierungsübernahme der drei Parteien - Sozialdemokraten, die bürgerliche "radikale Partei" und die Rechtsstaatspartei - im Mai 1957 hat sich die wirtschaftliche Lage Dänemarks weiterhin verbessert. Wohlstand und Wohlfahrt sind Begriffe, die die eigentlichen politischen Streitwerte abgelöst haben. Neulich wurde nach einem Fernsehgespräch zwischen führenden dänischen Politikern festgestellt, daß der Distinktion zwischen Sozialismus und Konservatismus im heutigen sozialen dänischen Staat nur noch eine geschichtliche Bedeutung zugemessen werden kann und als Ideenkampf längst "altmodisch" geworden ist. Auch außenpolitisch gibt es keine Streitigkeiten. Sämtliche dänische Parteien - mit Ausnahme der Kommunisten - anerkennen die Zugehörigkeit zur NATO als integraler Bestandteil der Außenpolitik Dänemarks. Warum dann die vorzeitige Ausschreibung der Neuwahlen? Auf dem Arbeitsmarkt hat die Lage zwischen den Sozialpartnern sich in den letzten Monaten zugespitzt. Schwierige und komplizierte Tarifverhandlungen stehen im Frühjahr bevor, und in dieser Situation ist es für die Regierungsparteien, vor allem die Sozialdemokraten, angelegen, die stets im Mai fälligen Parlamentswahlen schon jetzt hinter sich zu haben. Dazu kommt der natürliche Wunsch, die wirtschaftliche Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung im günstigsten Moment auszuwerten.

Immerhin gibt es genügend Zündstoff im Wahlkampf, besonders auf dem Gebiet der hohen Einkommenbesteuerung. Seit Jahren führt der dänische Fiskus eine zielbewusste Politik der Verbrauchsbegrenzung durch Überschuss-Haushalt und "Geldhorten", wobei zugleich dieser Juliusturm einem ausgedehnten Investitionsprogramm zugutekommt durch öffentliche Darlehen für Wohnungsbau und gewerbliche Entwicklung.

Die Oppositionsparteien - die Bauernpartei Venstre und die konservative Volkspartei - klagen darüber, daß die Regierung auf dieser Weise "sozialistische" Politik betreibt und jährlich ungefähr eine Milliarde Kronen (60000000 DM) zuviel an Steuern einnimmt, das ist rund ein Sechstel des Staatshaushaltes. Man ist der Zeitpunkt da, wo auch die Regierungsparteien der Ansicht sind, daß man den Steuerzahlern tatsächlich entgegenkommen müsse. In seinem Regierungsprogramm hat der Ministerpräsident eine beträchtliche Herabsetzung der Körperschaftsteuern und eine Steuerreform angekündigt, die auch dazu geeignet sein soll, die "Steuerbestrafung" der Überstunden und Nebeneinkommen zu erleichtern.

Die Regierungsparteien verfügen im Folketing über 93 von insgesamt 175 Mandate. Den Sozialdemokraten, die mit 70 Sitzen die größte Partei ist, wird im allgemeinen ein Zuwachs vorausgesagt, während die kleinen Koalitionspartner, wie es oft geht, möglicherweise für ihre Beihilfe Mandate einbüßen müssen. Ausser den großen Oppositionsparteien (Venstre und Konservative) kommen diesmal wieder die "Unabhängigen", die bisher durch den Sperrklausel im Wahlgesetz von der parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen wurden.

Ein namhafter dänischer Politiker hat vorgeschlagen, man sollte eine Pauschalprämie in Höhe von fünf Kronen (drei DM) einführen für jeden Wähler, der seine Wahlpflicht erfüllt, um damit die sogenannten "Couchwähler" wachzurütteln. Der Vorschlag ist im Gelächter untergegangen. Lieber eine geringere Wahlbeteiligung, so sagt man, als Wähler belohnen, die sowieso schlecht im Stande sind, sich politisch zu entscheiden.

Verlorener Sieg

E.D. - Südafrikas nationalistischer Premier Verwoerd hat einen Sieg beim Referendum über die künftige Staatsform davongetragen, von dem schon heute jeder Einsichtige weiß, daß er in Wirklichkeit eine schaurige Niederlage für alle die darstellt, die immer noch an eine friedliche Lösung der rassistischen Spannungen in der Südafrikanischen Union geglaubt hatten. Die knappe Million Europäer, die mit ihrer Stimmabgabe für die "Renaissance des Bureniums" dem derzeitigen Regierungschef die Möglichkeit in die Hand spielten, nun erst recht die brutale Politik der Rassentrennung (Apartheid) vorwärtszutreiben, haben sich und ihrem Land einen schlechten Dienst erwiesen. Der Union droht bei ihrer Umwandlung in eine Republik der Ausschluß aus dem Commonwealth, für den sich unmißverständlich bis jetzt Ghana und Nigeria erklärt haben. Damit aber fiels die letzte Stütze, die in der Vergangenheit das Land zwischen Sambesi und Kap der Guten Hoffnung immer noch einigermaßen im Weltforum "international respektabel" gehalten hat.

Auch London wird nicht mehr viel tun können, um Pretoria zu retten, da die Engländer recht gut erkannt haben, wo heute in Afrika und anderswo die Entscheidungen fallen; Macmillan hat darum schon vor Monaten den Südafrikanern einige deutliche Warnungen zuteil werden lassen. Großbritannien, dessen einstiges Kolonialreich ohne allzu großen "Gesichtsverlust" liquidiert werden konnte, wird sich die neue Weichenstellung seiner Politik nicht durch eine Handvoll nationalistischer Buren verderben lassen.

Elf Millionen Afrikaner, Asiaten und andere Nicht-Europäer, die stumme Zeugen des Referendums waren, streben als Bürger der Union nach Freiheit und Selbstregierung. Ihre Präsenz ist ein Faktum, das sich nicht einmal durch nationalistische Akklamationen und Manipulationen der europäischen Mehrheit hinwegdiskutieren läßt. Es ist nicht von ungefähr, daß einige bekerrte Oppositionelle unter den Europäern in der Provinz Natal angesichts des Ausgangs des Referendums mit einer "Spaltung" von der Union drohen, wohl hoffend, ein solcher Schritt werde sie dem drohenden Unwetter südlich des Sambesi entziehen. Aber wahrscheinlich kommen solche Aktionen schon zu spät, ganz abgesehen davon, daß selbst ein Augenblickserfolg noch zweifelhaft erscheint.

Die internationalen Folgen des Referendums werden nicht auf sich warten lassen, und der Westen ist gut beraten, wenn er irgendwelche Maßnahmen, die als Unterstützung Verwoerds ausgelegt werden könnten, unterläßt. Zuviel steht auf dem Spiel, als daß ein "verlorener Sieger" noch bekränzt werden sollte. Das Land am Kap hat einen Schritt ins Dunkle getan, und jeder kann sich ausrechnen, wann die Rechnung für das Referendum bezahlt werden muß.

Ein Wahlgesetz mit Tücken

D.G. - Hannover

"Die soll'n sich mal ihre Gesetze alleine machen!" "Da sieht ja kein Mensch mehr klar!" Solche und ähnliche Urteile konnte man in diesen Tagen überall im Lande Niedersachsen hören. Mit "die" waren die Herren des zweiten Senates des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe gemeint, die den niedersächsischen Wahltag - den 23. Oktober - plötzlich und ohne die Landesregierung zu hören, durch eine einstweilige Anordnung aufgehoben hatten. Mancher Kommentar zu dem Vorgehen unseres obersten Verfassungsgerichts fiel noch derber aus und ein Kabinettsmitglied gestand freimütig, daß es ihm schwer gefallen sei, die Herren in Karlsruhe gegen unqualifizierte Angriffe aus der Bevölkerung zu verteidigen. Sogar bei der Landesregierung in Hannover macht sich die Stimmung des Wählervolkes in Telegrammen Luft, die freilich an die falsche Adresse gerichtet sind. "Mit Empörung haben wir von der Karlsruher Entscheidung...der Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen". So und ähnlich reagierten manche.

Die Reaktion vieler Wähler auf den Schritt Karlsruhes ist erklärlich, wenn man sich die Entstehungsgeschichte des niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes vor Augen hält. Erst wurde das Gesetz geändert, weil eine höchsttrichterliche Entscheidung den Wählergruppen, den sogenannten Rathausparteien, den Charakter einer politischen Partei im Sinne Art. 21 Grundgesetz nicht zuerkannt hatte. Die Gruppen wurden also aus dem Gesetz gestrichen. Dann folgte am 12. Juli 1960 die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über das saarländische Kommunalwahlgesetz, nach der die Wählergruppen wieder zugelassen werden mussten, weil angeblich ihr Ausschluß die Gleichheitsgrundsätze verletze. Die Wählergruppen wurden also wieder in das Gesetz eingebaut.

Kurz vor der Verabschiedung dieser Novelle durch den Landtag hatte ein Architekt aus Wolfenbüttel brieflich angedroht, dass auch er gegen das novellierte Gesetz Verfassungsbeschwerden einlegen werde,

sollte es von Wählergruppen ein Unterschriftenquorum fordern. Die Einwände des Mannes waren seinerzeit von den Juristen aller Ressorts geprüft und als nichtig bezeichnet worden. Dies umso mehr, als das Bundesverfassungsgericht in der Saarland-Entscheidung selbst darauf hingewiesen hatte, daß der Gefahr der Stimmenzersplitterung durch Unterschriftenquoren im Kommunalwahlrecht entgegengewirkt werden könne. Genau das hatte also der Landtag beschlossen.

Der Wolfenbüttler Kläger, der über Nacht alle Wahlkampf vorbereitungen zum Stillstand gebracht hat, steht auf dem Standpunkt, daß auch Wählergruppen, die bereits einmal im Gemeindeparlament waren, von der Unterschriftensammlung freigestellt werden sollen - wie jene Parteien, die im Landtag oder Bundestag vertreten sind. Das noch schwebende Verfahren verbietet es, sich bereits heute an dieser Stelle zur Sache zu äußern. Das Karlsruher Gericht hat mit seiner einstweiligen Anordnung nichts anderes getan, als das mögliche Risiko einer Wahlwiederholung vermieden. Am 18. Oktober ist zur mündlichen Verhandlung geladen. An diesem Tag wird auch der nordrhein-westfälische Innenminister im Karlsruher Justizpalast zu finden sein, gegen dessen Kommunalwahlgesetz ein Rechtsanwalt aus Münster Verfassungsbeschwerde eingelegt hat.

Wie immer die Karlsruher Entscheidung ausgehen mag und wieviel Kosten sie den Gemeinden, dem Land und damit dem Steuerzahler aufbürden kann, man wird sie zu respektieren haben. Auch vor dem Beschwerderecht des einzelnen Bürgers - in diesem Falle sicherlich ein Funktionär der auf Landesbasis zusammengefassten "Rathausparteien" - wird man Respekt haben und diese "Notbremse" des demokratischen Rechtsstaates bejahen müssen, um die uns die Bevölkerung hinter dem "eisernen Vorhang" bereitet. Andererseits aber sollte die Gefahr nicht übersehen werden, die dem Rechtsstaat durch mißbräuchliche Ausnutzung seiner Freiheiten und Rechte drohen kann. + + +

Plauderstündchen mit Lücke

Im politischen Gartenlauben-Stil absolvierte Bundeswohnungsbauminister Paul Lücke am Montagnachmittag ein Plauderstündchen beim Katholischen Deutschen Frauenbund Hessen und Rheinhesen in Mainz. Während sich im Kurfürstlichen Schloß der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt ein Stöckwerk tiefer die Weiblichkeit dicht aneinander gedrängt die neuesten Damenfrisuren vorführen ließ, mußte der Minister in großer Saal des Hauses bei seinem Lobgesang für den satzsaar bekannten Lücke-Plan mit rund 150 Damen vorliebnehmen.

Innen schüttete er zunächst sein Herz über den Kunzer aus, den ihn der Mainzer Beigeordnete und Sozialdezernent Karl Delorme (SPD) mit der Einladung zu einem öffentlichen Streitgespräch über das nach ihm benannte neue Gesetzeswerk bereitet hatte. "Ich hätte diese Einladung ziemlich sicher angenommen, wenn sie in einer gebührenden Form erfolgt wäre!" erklärte Lücke sein Kniefen und fügte hinzu, "denn ich hätte dazu durchaus Zeit gehabt!" Dieser "Faux pas" des Mainzer Beigeordneten könne an seinen ministeriellen Wohlwollen für die Stadt jedoch nichts ändern, versicherte er treuherzig und sprach von Gastgeschenken, die er mitgebracht habe. Worum es sich dabei handelt, blieb unausgesprochen!

Die in der aufsehenerregenden und ministeriellen Zorn erregenden Dokumentarsendung des SWF-Fernsehens "Verwirrung im Quadrat" gezeigten Mainzer Blendsquartiere könne man der Bonner Bundesregierung nicht zum Vorwurf machen, erklärte er mit entwaffnender Naivität und ratterte.

anschließend bekannte Zahlen über die Leistungen im Wohnungsbau in der Bundesrepublik herunter. Welche Schuld die Kommunalpolitiker allerdings daran treffen soll, daß "beim sozialen Wohnungsbau die kinderreichen Familien auf der Strecke geblieben sind", überließ Lücke der Phantasie seiner Zuhörerinnen. Unter gezielten Hinweisen auf den zur Familientradition der Lückes gehörenden Kinderreichtum versicherte er, daß das von ihm aus der Taufe gehobene "soziale Miet- und Wohnrecht" mit den vorgesehenen Mietbeihilfen für sozial Schwache einen entscheidenden Wandel herbeiführen werde. Er vergaß dabei allerdings mitzuteilen, wo und in welchem Umfange im sozialen Wohnungsbau heute überhaupt Wohnungen für Familien von acht bis zehn und mehr Köpfen errichtet worden!

In seiner weitgehend auf Kaffeekränzchen abgestimmten Rhetorik leistete sich der Bundesminister eine kleine Pikanterie am Rande, als er den beiden anwesenden weiblichen CDU-Bundestagsabgeordneten für ihre treue Unterstützung seiner Gesetzesarbeit dankte. "Sie haben mich in meinen Absichten stets unterstützt, wenn sie sie rationell auch nicht immer ganz erfaßt hatten!" stellte er in ungewollter Offenheit fest.

Bei seinen wenigen Ausflügen in die große Politik, bei denen er sich treulich in den Fußstapfen des Rhöndorfer CDU-Patriarchen bewegte und wieder einmal den gemeinsamen Ausgangspunkt von Marxismus und Bolschewismus strapazieren zu müssen glaubte, sprach der Herr Minister in rührender Weise von seinen Gefühlen, wenn er in Kabinettsitzungen neben dem "alten Herrn" sitzt: "Dann spürt man, daß es keinen Urlaub von der Verantwortung gibt!" Weil er dies gerade im Zusammenhang mit den neuerlichen Geschehnissen um das freie Berlin sagte, tauchte zumindest bei seinen kritischen Zuhörern das Bild der Tage von Cadorna auf, das zu verlassen der Kanzler trotz der Zuspitzung in der Berlin-Frage auch nicht einen Tag früher als vorgesehen zu bewegen war.

Nachdem Lücke eine gute Stunde Grundsätze und Notwendigkeiten einer christ-katholischen Wohnungs- und Familienpolitik postuliert und erläutert hatte, war es wiederum eindrucksvoll, die anschließenden Fragen aus der Frauenversammlung zu vernehmen. Sie bezogen sich ausschließlich auf echte oder vermeintliche Härtefälle, die den einzelnen "Diskussionsteilnehmerinnen" persönlich widerfahren sind.

Eines wird dem Minister auf seiner Heimfahrt nach Bonn wohl klar geworden sein: wäre er der "provozierenden und aus Wahlmacherschaften erfolgten Einladung" des Beigeordneten Karl Delorme gefolgt, in einem Saal der Mainzer Volkshochschule über den Lückeplan zu diskutieren, er hätte ein weitaus größeres, sicherlich aber auch sachkundigeres und kritischeres Publikum vorgefunden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel